

Mehr Geld in die Bildung.

Für die Zukunftsfähigkeit des Landes der Dichter und Ingenieure

Beschluss des Bundesvorstandes der Jungen Union

vom 27. November 2004 in Berlin

Eine gute Bildung und Ausbildung zu bekommen ist ein Grundrecht der jungen Generation. Insbesondere im Zuge des brüchigen Generationenvertrages muss die Politik die Zukunftsfähigkeit Deutschlands erhalten und die junge Generation exzellent bilden und ausbilden. Die Junge Union Deutschlands hat aus diesem Grund bereits die Selbstverpflichtung Demographie vorgeschlagen, welche die Ausgaben im Bildungsbereich bis in das Jahr 2015 mindestens auf heutigem Niveau fest- und fortschreiben soll. Erst im Jahre 2015 werden die Auswirkungen der demographischen Entwicklung deutlich sichtbar, wobei Ausläufer bereits zwischen 2006 und 2008 wirkungsmächtig werden und starke Differenzierungen zwischen West- und Ostdeutschland zu Tage treten.

Heute vorhandene Mittel sind nicht nur zu gering, sondern häufig auch noch falsch eingesetzt. So werden zum Beispiel integrierte Gesamtschulen weiter gefördert, obwohl deren Ineffizienz durch zahlreiche Studien belegt ist. Des Weiteren wird zu viel Zeit und Geld für unnötige Bürokratie – insbesondere im Hochschulbereich – verschwendet. Es muss nicht nur mehr Geld in die Bildung fließen (zum Beispiel in mehr pädagogisches Personal), sondern auch ein mehr an Autonomie und Wettbewerb erreicht werden. Nur so kann Deutschland wieder ein Land der Dichter und Ingenieure werden.

Aus diesem Grund schlägt die Junge Union folgende Maßnahmen vor:

- **Verteilung der Mittel nach Effizienzgesichtspunkten**

Leider gibt es zu viele Beispiele dafür, dass Mittel nach ideologischen Gesichtspunkten vergeben werden. Internationale Vergleichsstudien weisen wiederum genau auf die Stärken und Schwächen des deutschen Bildungssystems hin. Die Politik muss diese Studien, sowie andere externe und interne Evaluationsinstrumente, als Leitfäden für die Mittelverteilung nutzen. Träger müssen ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können und entsprechend mit Ressourcen ausgestattet werden. Wir fordern des Weiteren, dass Drittmittel, die von der DFG vergeben werden, vom Bund um mindestens 10 Prozent aufgestockt werden. Hochschullehrern muss eine größere Autonomie bei der Verwendung der eingeworbenen Mittel ermöglicht werden. Auch der finanzielle Anreiz für den einzelnen Wissenschaftler muss verbessert werden.

- **Bildungssparen**

Eltern sollen durch ein staatliches Bonussystem dazu angehalten werden, schon bei Geburt des Kindes anzufangen einen Betrag anzusparen, welcher dem Kind mit Erreichen des achtzehnten Lebensjahres ausgezahlt wird. Dieses Geld soll dem Jugendlichen gezielt zur weiteren Aus- oder Weiterbildung zur Verfügung stehen. So könnte zum Beispiel ein Lehrling einen Teil seiner Ausbildungskosten selber tragen. Davon versprechen wir uns den psychologischen Effekt des Ansparens und des an die Zukunft Denkens, bzw. die Stärkung der Eigenverantwortung sowie ein Mehr an Geld im Bildungsbereich. Bildung muss etwas kosten, da es uns allen, insbesondere im Alter, auch etwas bringt. Zur Finanzierung könnte

der Staat zum Beispiel das Kindergeld hin zu einem Bildungsgeld weiterentwickeln. Wichtig dabei bleibt, dass die Gefahr des Missbrauches verhindert wird.

- **Öffnung für die Wirtschaft**

Die Junge Union tritt für eine stärkere Öffnung des Bildungsbereiches für Unternehmen ein. Nicht nur das Schul sponsoring soll legitimiert werden (mit Ausnahme von jugendschädlichen Produkten, die in den Jugendschutzrichtlinien festgehalten sind), auch im Hochschulbereich sollen sich die Fachbereiche stärker um Drittmittel bemühen. Des Weiteren lohnen sich Kooperationen mit Unternehmen, um deren Führung und Mitarbeitern universitäre Weiterbildungen zu ermöglichen. Insbesondere die Bedeutung der Fallstudien ist hierbei in vielen Fachbereichen noch nicht ausreichend gewürdigt. Public Private Partnership Programme sollen, zum Beispiel bei Bauvorhaben, noch viel stärker Berücksichtigung finden. Auch könnten Schulen ihr Gebäudemangement selbständig in die Hand nehmen, um ihre Räume nachmittags weiter zu vermieten.

- **Alumni-Kultur**

In Deutschland sollte die Alumni-Kultur verbessert werden, um eine stärkere Identifizierung mit Schulen und Hochschulen und eventuell eine stärkere finanzielle Unterstützung zu erreichen. So könnte zum Beispiel Alumnis Rabatte bei universitären Weiterbildungskursen gewährt werden.

- **Studiengebühren**

Die Junge Union Deutschlands spricht sich für Studiengebühren aus, die erst nach dem Abschluss des Studiums sukzessive von Lohn oder Gehalt zurückgezahlt werden sollen und direkt an den Hochschulen verbleiben müssen. Dies würde für ein Mehr an Geld an den Hochschulen sorgen und auch Anreize setzen, dass Studium schneller und direkter zu absolvieren. Hochschulen wiederum wären motiviert, sich um Studenten zu bemühen, die ihren Haushalten Geld zuführen würden sowie bessere Studienbedingungen zu schaffen. Um mögliche soziale Härten herauszunehmen, soll Studenten – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern – ein zinsgünstiger Bildungskredit vom Staat gewährt werden können. Auch muss das Stipendiensystem besser ausgebaut werden.

- **Vernetzung Jugendhilfe und Schulen**

Der Gedanke des gemeinsamen Erziehungsauftrages soll bei Maßnahmen der Schulen und der Jugendhilfe in kommunaler oder freier Trägerschaft stärker hervorgebracht werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine stärkere, insbesondere finanzielle, Vernetzung dieser beiden Bereiche ein.

- **Ausbildungsplatzabgabe**

Die Junge Union spricht sich entschieden gegen eine Ausbildungsplatzabgabe aus, welche die Zukunftschancen der jungen Menschen weiter verschlechtert. Es müssen wirtschaftliche Anreize gesetzt werden und die Bürokratisierung der Wirtschaft eingeschränkt werden, um Ausbildungsplätze zu schaffen. Anstatt weiter sozialistischen Utopien nachzueifern und Zwangsmaßnahmen zu verordnen, sollten diese lieber generell abgeschafft und durch zielführendere Konzepte ersetzt werden.